



## Niederschrift

über die 13. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses  
am 25.01.2012

**Sitzungsort:** kleiner Ratssaal, Markt 1, 53757 Sankt Augustin  
**Beginn:** 18:00 Uhr  
**Ende:** 21:40 Uhr

### Anwesend waren:

#### Vorsitzender

Schumacher, Klaus                      Bürgermeister

#### CDU-Fraktion

Büsse, Ernst-Joachim Dr.            1. stellv. Vorsitzender  
Schell, Georg                            Ratsmitglied  
Feld-Wielpütz, Claudia                Ratsmitglied  
Grzeszkowiak, Axel                    Ratsmitglied  
Weber, Helmut                         Ratsmitglied  
Willenberg, Frank                     Ratsmitglied  
Lemmer, Günter Dr.                    Ratsmitglied vertretend

#### SPD-Fraktion

Knülle, Marc                            2. stellv. Vorsitzender  
Schmitz-Porten, Gerhard              Ratsmitglied            bis TOP 8.1.1 öffentl. Teil  
Bergmann-Gries, Jutta                 Ratsmitglied  
Diekmann, Gerhard                    Ratsmitglied vertretend    ab TOP 8.1.1 öffentl. Teil  
Waldästl, Denis                         Ratsmitglied vertretend

#### Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Metz, Martin                            Ratsmitglied  
Günther, Christian                      Ratsmitglied vertretend

#### FDP-Fraktion

Jung, Stefanie                         Ratsmitglied            bis TOP 6 nicht öffentl. Teil  
Kammel, Jürgen                         Ratsmitglied

#### Fraktion AUFBRUCH!

Köhler, Wolfgang                      Ratsmitglied

#### Protokollführer

Müller, Thomas

**Es fehlten entschuldigt:**

CDU-Fraktion

Lienesch, Sascha

Ratsmitglied

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Schulenburg, Monika

Ratsmitglied

**Vertreter der Verwaltung:**

Herr Lübken

Dez. III

Herr Gelß

Dez. IV

Herr Steinkamp

FB 1

Frau Schmickler

FB 1

Frau Stollenberg-Scherpe

FB 1 (Auszubildende)

Herr Rupp

FB 2

Frau Wicke

FB 2

Herr Krämer

FB 5

Herr Knipp

FD 6/10

Herr Schmitz

FB 7

Herr Strauch

BRB

Frau Gläß

RD

Herr Fey

RPA

Herr Neß

SD

Herr Tielke

ZV

**Es wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:**

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand
-----	--------	---------------------

**Öffentlicher Teil:**

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 23.11.2011
3. Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 14.09.2011 gefassten Beschlüsse
4. Jahresbericht über den Stand der Ausführung von Beschlüssen - öffentlich -
5. Beschlussfassung über die Eingaben, die in der Sitzung des Unterausschusses für Bürgerangelegenheiten am 25.01.2012 behandelt wurden
  - 5.1. 11/0513 Weisung des Stadtrates an die Vertreter der Stadt Sankt Augustin in der Flugplatzgesellschaft Hangelar
  - 5.2. 11/0519 Beschilderung des Radweges zwischen Niederpleis und der Haltestelle Sankt Augustin Kloster
7. 12/0004 Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel für das Produkt 06-03-02 Leistungen für Kinder, Jugendliche und junge Menschen.
8. Anträge der Fraktionen
  - 8.1.1. 11/0499 Versicherung der Drehleiter der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Sankt Augustin  
CDU-Fraktion
  - 8.1.2. 12/0034 Dringlichkeitsantrag gemäß § 48 Abs. 1 S. 5 GO NRW in Verbindung mit § 58 Abs. 2 S. 1 GO NRW bzw. § 11 Abs. 2 GeschO Rat in Verbindung mit § 34 Abs. 1 S. 2:  
Abschluss des Durchführungsvertrags zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 107 "Zentrum" nur nach vorheriger Beschlussfassung im Rat  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

9. Anfragen und Mitteilungen

9.1. Anfragen

9.1.1. 12/0035 Verwaltungshandeln; Tagesordnung zum UPV am 31.01.2012  
hier: Umfang mit den Ratsgremien

SPD-Fraktion

9.2. Mitteilungen

**Nicht öffentlicher Teil:**

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der nicht öffentlichen Sitzung vom 23.11.2011
3. Bericht über den Stand der Ausführung der in der nicht öffentlichen Sitzung am 14.09.2011 gefassten Beschlüsse
4. Jahresbericht über den Stand der Ausführung von Beschlüssen - nicht öffentlich -
5. Bestätigung von Beschlussempfehlungen des Feuer- und Zivilschutzausschusses vom 24.01.2012
- 5.1. 11/0511 Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Sankt Augustin; Auftragsvergabe
- 5.2. 11/0512 Beschaffung eines Rüstwagens für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Sankt Augustin; Auftragsvergabe
6. 11/0427 Überprüfung mit Optimierungsvorschlägen bezüglich der städtischen Versicherungen
7. 11/0317 Verkauf eines städtischen Grundstücks in der Gemarkung Buisdorf, Flur 8, In der Bitze
8. 12/0002 Befristete Niederschlagung einer Gewerbesteuerforderung
9. Anträge der Fraktionen
10. Anfragen und Mitteilungen
- 10.1. Anfragen
- 10.2. Mitteilungen

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand	Dienststelle
-----	--------	---------------------	--------------

**Öffentlicher Teil:**

1		<b>Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung</b>	
---	--	--	--

Der Bürgermeister stellte die Beschlussfähigkeit, die rechtzeitige und formgerechte Einladung sowie die fehlenden Mitglieder fest.

Es bestand Einvernehmen, den Tagesordnungspunkt 6

11/0494/1 Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 sowie Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2012 bis 2022

in der heutigen Sitzung nicht zu behandeln.

Es bestand ferner Einvernehmen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

12/0034 Dringlichkeitsantrag gemäß § 48 Abs. 1 S. 5 GO NRW in Verbindung mit § 58 Abs. 2 S. 1 GO NRW bzw. § 11 Abs. 2 GeschO Rat in Verbindung mit § 34 Abs. 1 S. 2: Abschluss des Durchführungsvertrags zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 107 "Zentrum" nur nach vorheriger Beschlussfassung im Rat

wegen bestehender Dringlichkeit als Tagesordnungspunkt 8.1.2 aufzunehmen.

Vor dem Hintergrund der Anfrage der SPD-Fraktion

12/0035 Verwaltungshandeln;  
Tagesordnung zum UPV am 31.01.2012  
hier: Umgang mit den Ratsgremien

teilte der Bürgermeister auf Nachfrage von Herrn Knülle mit, dass eine Aussprache hierzu unter dem Tagesordnungspunkt „Anfragen“ auf Grund der Geschäftsordnungsregelungen nicht möglich ist. Herr Knülle beantragte darauf hin, die Angelegenheit als förmlichen Tagesordnungspunkt zusätzlich in der heutigen Sitzung zu behandeln. Der Bürgermeister wies darauf hin, dass nach Einschätzung der Verwaltung eine Dringlichkeit im Sinne des § 48 Abs. 1 GO NRW nicht vorliege. Herr Metz vertrat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Meinung, die Angelegenheit sei aufarbeitungswürdig. Eine Dringlichkeit, einen zusätzlichen Tagesordnungspunkt hierfür in der heutigen Sitzung aufzunehmen, erkannte er nicht. Das Vorliegen einer Dringlichkeit wurde durch die FDP-Fraktion, Frau Jung, und die CDU-Fraktion, Herr Schell, ebenfalls verneint.

Anschließend lies der Bürgermeister über den Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung abstimmen.

#### **Jastimmen 4**

**Neinstimmen 13 – damit ist der Antrag abgelehnt.**

<b>2</b>		<b>Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 23.11.2011</b>	
----------	--	---	--

Der Ausschuss nahm die Niederschrift zur Kenntnis.

Zur Protokollierung des Tagesordnungspunktes 12.1.2 „Rekommunalisierung der Energieversorgung Sankt Augustin“ wies Herr Schell darauf hin, dass von Herrn Knülle der Eindruck erweckt worden sei, dass Klarheit bestünde, Vertreter der Stadt Bonn (Herr Hümmerich, Herr Gilles) in die hiesige Lenkungsgruppe zu entsenden. Herrn Schell liege eine schriftliche Mitteilung von Herrn Gilles vor, dass mit ihm in dieser Angelegenheit keine Gespräche geführt wurden.

Herr Metz merkte an, es handele sich nicht um eine Einwendung gegen die Niederschrift. Der Bürgermeister teilte mit, die Äußerung von Herrn Schell so zu verstehen, Klarheit zu einer möglicherweise entstandenen Irritation zu verschaffen.

<b>3</b>		<b>Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 14.09.2011 gefassten Beschlüsse</b>	
----------	--	---	--

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

<b>4</b>		<b>Jahresbericht über den Stand der Ausführung von Beschlüssen - öffentlich -</b>	
----------	--	---	--

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

<b>5</b>		<b>Beschlussfassung über die Eingaben, die in der Sitzung des Unterausschusses für Bürgerangelegenheiten am 25.01.2012 behandelt wurden</b>	
----------	--	---	--

<b>5.1</b>	<b>11/0513</b>	<b>Weisung des Stadtrates an die Vertreter der Stadt Sankt Augustin in der Flugplatzgesellschaft Hangelar</b>	<b>BRB, DEZ IV, FD 6/10, FB 1, RD</b>
------------	----------------	---	---------------------------------------

Der Bürgermeister fasste die Beratung und die Empfehlung des Unterausschusses zusammen.

Es sei zunächst eine rechtliche Überprüfung hinsichtlich der Betriebsgenehmigung erforderlich. Diese Überprüfung werde – soweit möglich – seitens der Verwaltung vorgenommen.

Der Gedanke einer möglichen Beschränkung der Starterlaubnisse werde in den hierzu vorliegenden Anträgen der Fraktionen weiter getragen. Der Rat könne hierzu zu gegebener Zeit eine Entscheidung treffen.

Die Vertreter des Rates im Lärmschutzbeirat der Flugplatzgesellschaft werden gebeten, die Problematik in dieses Gremium einzubringen.

Der Ausschuss stimmte dieser Vorgehensweise einstimmig zu.

<b>5.2</b>	<b>11/0519</b>	<b>Beschilderung des Radweges zwischen Niederpleis und der Haltestelle Sankt Augustin Kloster</b>	<b>BRB, FD 6/10, FB 1</b>
------------	----------------	---	---------------------------

Der Bürgermeister fasste die Beratung und die Empfehlung des Unterausschusses zusammen. Es sei bereits im Zuge der letzten Radwegeschau im Jahr 2009 eine Begutachtung des betreffenden Bereichs erfolgt. Für den zur Rede stehenden Abschnitt liege die Zuständigkeit beim Landesbetrieb Straßen. Den Fraktionen werden die Ergebnisse der vorgenannten Radwegeschau zu Verfügung gestellt. Die Eingabe werde in die Gesamtbetrachtung Radwegekonzeptes aufgenommen und im Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss beraten.

Mit dieser Vorgehensweise erklärte sich der Ausschuss einstimmig einverstanden.

<b>6</b>	<b>11/0494/1</b>	<b>Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 sowie Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2012 bis 2022</b>	<b>FB 2</b>
----------	------------------	---	-------------

Der Tagesordnungspunkt wurde nicht behandelt.

<b>7</b>	<b>12/0004</b>	<b>Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel für das Produkt 06-03-02 Leistungen für Kinder, Jugendliche und junge Menschen.</b>	<b>FB 5 Bericht bis 01.03.12</b>
----------	----------------	---	--

Alle Fraktionen bedankten sich für die inhaltlich sehr gut erarbeitete Vorlage.

Herr Metz betonte, es müsse künftig ein Schwerpunkt auf den Ausbau der Prävention gelegt werden, um den Einsatz von Haushaltsmitteln zu reduzieren. Dem schloss sich Herr Knülle an.

Auf Nachfrage von Herrn Knülle und Frau Bergmann-Gries erläuterte Herr Rupp hinsichtlich des Deckungsvorschlages, ein Verzicht auf Erträge stelle eine freiwillige Leistung dar. Dies sei im Rahmen des Nothaushaltes nicht zulässig. Mehrerträge unterliegen der Gesamtdeckung. Die für die Deckung vorgesehenen Mittel aus der Landeszuweisung können daher herangezogen werden. Es bestehe – so lange das Haushaltssicherungskonzept nicht genehmigt sei – haushaltsrechtlich keine Möglichkeit, Mehrerträge für eine finanzielle Entlastung der Eltern im Rahmen der Elternbeiträge einzusetzen. Die Mittel aus der Landeszuweisung seien nicht zweckgebunden, da sie eine Entschädigung für den Ausfall der Beitragsfreiheit im letzten Kalenderjahr darstellen. Bei Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes dürften neue freiwillige Ausgaben geleistet werden, diese müssten jedoch an anderer Stelle kompensiert werden.

Herr Schell wies darauf hin, dass eine personelle Aufstockung im Bezirkssozialdienst zwischenzeitlich beschlossen wurde. Die Finanzplanung gehe daher von sinkenden Ausgaben in diesem Bereich aus. Ob dies realisiert werden könne, hänge letztlich auch davon ab, ob die zusätzlichen Stellen adäquat besetzt werden können. Dem schloss sich Frau Jung an.

Bereits bei den Haushaltsplanungen 2010 habe sich die Fraktion AUFBRUCH! für eine personelle Verstärkung des Bezirkssozialdienstes ausgesprochen. Herr Köhler, bedauerte, dass dies erst verspätet umgesetzt wurde und es jetzt eventuell Besetzungsschwierigkeiten gebe. Er vertrat die Auffassung, präventive Maßnahmen seien im Hinblick auf die Zuordnung zu pflichtigen oder freiwilligen Aufgaben grenzwertig. Für die diesbezüglichen weiteren Beratungen im Fachausschuss hielt er eine entsprechende Abgrenzungsdefinition seitens der Verwaltung für hilfreich. Er hoffe, dass mit der zunehmenden Umstellung des Schulbetriebes auf Ganztagschule ein Stück weit auch die Leistungen erbracht werden können, die sonst in den Bereich der Jugendhilfe fallen.

Frau Bergmann-Gries begrüßte die positive Diskussion zum Bereich der Prävention. In der Gesamtbetrachtung müssten auch die Wohnlagen als Problemfeld berücksichtigt werden.

Anschließend fasste der Ausschuss folgenden Beschluss.

„Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Sankt Augustin beschließt, zusätzliche Haushaltsmittel für Leistungen der Jugendhilfe in Höhe von 901.800 € gem. § 83 Abs. 2 GO NRW überplanmäßig bereitzustellen.

Die Finanzierung der Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen erfolgt durch Mehrertrag im Produkt 16-01-01 Allgemeine Zuweisungen – allgemeine Umlagen, Sachkonto Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer in Höhe von 650.000 €, sowie Mehrertrag im Produkt 06-01-01 Kindertageseinrichtungen, Sachkonto Zuweisungen vom Land in Höhe von 251.800 €.“

**einstimmig**

<b>8</b>		<b>Anträge der Fraktionen</b>	
----------	--	-------------------------------	--

<b>8.1.1</b>	<b>11/0499</b>	<b>Versicherung der Drehleiter der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Sankt Augustin</b>  <b>CDU-Fraktion</b>	<b>FB 1</b>
--------------	----------------	---	-------------

Herr Lübken erläuterte, es sei eine Erörterung mit dem bestehenden Versicherer erfolgt. Dabei sei es gelungen, die bestehende Problematik aufzulösen. Der Versicherungsschutz erstreckte sich nunmehr auch auf den im Antrag genannten Personenkreis und Betätigungen. Dies entbinde selbstverständlich die Feuerwehr nicht von der Beachtung der feuerwehr- und diensttechnischen Vorschriften beim Betrieb der Drehleiter.

Frau Jung bedankte sich für den Antrag der CDU-Fraktion und das seitens der Verwaltung erzielte Ergebnis. Dem Dank an die Verwaltung schloss sich Frau Feld-Wielpütz an.

Die antragstellende Fraktion erklärte den Antrag für erledigt.

<b>8.1.2</b>	<b>12/0034</b>	<b>Dringlichkeitsantrag gemäß § 48 Abs. 1 S. 5 GO NRW in Verbindung mit § 58 Abs. 2 S. 1 GO NRW bzw. § 11 Abs. 2 GeschO Rat in Verbindung mit § 34 Abs. 1 S. 2: Abschluss des Durchführungsvertrags zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 107 "Zentrum" nur nach vorheriger Beschlussfassung im Rat</b>  <b>Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>	<b>FD 6/10</b>
--------------	----------------	--	----------------

Herr Metz wies auf die an die Fraktionen gerichtete Mitteilung der Verwaltung hin, dass keine rechtsverbindlichen Verträge geschlossen werden, bevor dies vom Rat beschlossen wird.

Herr Gleß erläuterte anschließend, dass dem Rat die abschließende Entscheidung über das Zustandekommen des Durchführungsvertrages obliege. Es handele sich dabei um einen einseitig, vom Investor bereits unterschriebenen Vertrag.

Die antragstellende Fraktion erklärte den Antrag für erledigt.

<b>9</b>		<b>Anfragen und Mitteilungen</b>	
<b>9.1</b>		<b>Anfragen</b>	
<b>9.1.1</b>	<b>12/0035</b>	<b>Verwaltungshandeln; Tagesordnung zum UPV am 31.01.2012 hier: Umfang mit den Ratsgremien</b> <b>SPD-Fraktion</b>	<b>RD</b>

Die schriftliche Beantwortung der Anfrage wird nachgereicht. Der Bürgermeister wies auf das in dieser Angelegenheit an die Fraktionen gerichtete Anschreiben vom 24.01.2012 hin, in dem zu einem Teil der Fragen bereits Stellung bezogen wurde.

Anschließend wurden seitens der SPD-Fraktion (Herr Knülle, Herr Schmitz-Porten) folgende zusätzliche Fragen formuliert, die teilweise durch den Bürgermeister beantwortet wurden. Im Übrigen wird die schriftliche Beantwortung nachgereicht.

*Wer erstellt das Protokoll des Verwaltungsvorstandes (VV)?*

Der Pressesprecher, Herr Strauch.

*An wen geht das Protokoll des VV?*

An die Mitglieder des VV.

*Wieso kam es zu einem Protokollauszug?*

Organisationseinheiten, deren Arbeitsgebiet durch einen VV-Beschluss betroffen ist, erhalten einen Protokollauszug mit den sie betreffenden Beschlüssen.

*An wen ist dieser Protokollauszug gegangen, obwohl es keine direkten Handlungsanweisungen gab?*

Protokollführer des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses (UPV).

*Wer hat wem Anweisungen gegeben und welche?*

Herr Strauch hat den Protokollführer UPV über den Wortlaut des VV-Beschlusses mündlich unterrichtet. Der VV-Beschluss lautete: „TOP 7 Einsteinstraße soll von der Tagesordnung genommen werden. Dez. IV wird gebeten, in der Sitzung darauf hinzuweisen.“

*Ist es zu einem Missverständnis beim Lesen des Protokollauszuges gekommen? Hat der Protokollführer eine Handlungsanweisung verstanden, die Tagesordnung zu verändern?*

Die schriftliche Beantwortung dieser Frage wird nachgereicht.

*Hat der Protokollführer die Veränderung der Tagesordnung eigenmächtig ohne Auftrag des VV vorgenommen?*

Es wurde weder ein Auftrag zur Veränderung der Tagesordnung durch Dez. IV, durch Dez. I oder mit einem Beschluss des VV erteilt.

*War die Einladung des UPV bereits im Druck und wurde der Druck gestoppt?*

Die schriftliche Beantwortung dieser Frage wird nachgereicht.

*Warum wurde im Beschluss des VV nicht auch vorgesehen, die in unmittelbaren Zusammenhang stehenden TOPS 11/0218/1 und 11/0384 nicht zu behandeln?*

Die schriftliche Beantwortung dieser Frage wird nachgereicht.

*Warum erfolgte eine telefonische Information des Protokollführers, obwohl die Sitzung erst am 31.01.12 statt findet?*

Der Protokollführer des VV informiert die zuständigen Organisationseinheiten immer umgehend mündlich über die ihren Arbeitsbereich betreffenden Beschlüsse des VV, da nicht gewährleistet werden kann, dass das schriftliche Protokoll immer rechtzeitig vorliegt. Auch bei Beschlüssen des Rates und der Ausschüsse wird analog vorgegangen.

*Warum ist keine Rückkoppelung durch den Protokollführer in Bezug auf sein Handeln erfolgt, da eine Veränderung der Tagesordnung nicht ohne Zustimmung des Ausschussvorsitzenden zulässig ist?*

Die schriftliche Beantwortung dieser Frage wird nachgereicht.

Der Bürgermeister bat darum eventuell bestehende weitere Fragen schriftlich einzureichen und sagte eine schriftliche Beantwortung zu. Hiernach schloss er den Tagesordnungspunkt.

<b>9.2</b>		<b>Mitteilungen</b>	
------------	--	---------------------	--

Es lagen keine Mitteilungen vor.